

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biestelljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
bei keiner Bestellung durch den Besteller
ins Haus 1,10 Mk. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Dritter Band)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 53.

Berlin, Sonnabend, 6. Juli 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Verbandskollegen und -Kolleginnen aller Berufe. — Zur Organisationsfrage der Handelsreisenden. — Vom Klassenkampf durch Wohlstand zur Harmoniebewegung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Verbandskollegen und -Kolleginnen aller Berufe!

Am Tage des erstmaligen Zusammentritts des Zentralrats richtet derselbe an alle Mitglieder der gesamten Organisation ein mahnend Wort. Unsere Organisation wird angefeindet von links und rechts. Insbesondere sind es die Organisationen der anderen Richtungen, die in Verkennung der wirklichen Arbeiterinteressen den Kampf wider uns führen mit wenig reinen Waffen. Unsere Forderung, Meinungsverschiedenheiten nur in sachlicher Weise anzufassen, und darauf hinzuwirken, daß das Verhältnis der Organisationen untereinander auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung beruhe, ist bisher leider noch unbeachtet geblieben. Um der Arbeitersache willen wiederholen wir unsere Aufforderung und auch die Erklärung, daß da, wo uns böswillig der Kampf aufgedrängt wird, wir, gestützt auf die Überzeugung, daß unsere Bestrebungen richtig sind, auch fernherhin den Kampf mit scharfer Klinge führen werden.

Um wie viel erfolgreicher hätten die Kämpfe der Arbeiterorganisationen um die Verbesserung der Löhne und der übrigen Arbeitsbedingungen sein können, wenn unsere Forderung auf ein sachliches Nebeneinanderstehen aller Organisationen erfüllt worden wäre. Trotz der glänzenden Konjunktur haben die Arbeiter es nicht erreichen können, daß ihre Löhne den allgemeinen großen Fortschritten der Technik und der Kultur sowie der verbesserten Lebenshaltung entsprechen. Und doch ist es die vornehmste Aufgabe der Arbeiterorganisationen, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu dringen. Das vielfach mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer soll uns an der Erfüllung dieser Organisationsaufgabe nicht hindern.

Auch die an die Arbeitgeberorganisationen gerichtete Aufforderung, darauf hinzuwirken zu wollen, daß bei allen Differenzen eine Aussprache zwischen ihnen und den Vertretern der Arbeiterorganisationen herbeigeführt werde, hat erst zum geringen Teile rechte Würdigung erfahren. Der Zentralrat erklärt es daher von neuem für eine dringende Pflicht der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter, daß sie beide im Interesse des Gesamtwohls an der Förderung der friedlichen Arbeit ernsthaft mitwirken, und wiederholt betont er, die gesunde Vernunft müsse beiden Teilen sagen, daß die blutigen Kämpfe um keine Vorteile für den einen oder anderen Teil zum Schaden beider Teile alljährlich ungeheure Werte vernichten. Wir verleben bei unserer Auffassung, daß der friedliche Ausgleich entstehender oder schon bestehender Differenzen nur erfolgen kann auf dem Fuße gegenseitiger Achtung und Anerkennung. Wer diesen Respekt verlegt, hat alle sittliche Verantwortung für die Schäden zu tragen, die der provozierte Kampf hervorruft. Wo dann der Kampf unvermeidlich ist, werden die Gewerkevereine ihn führen mit aller Energie und Entschiedenheit; sie werden nicht erlassen

in der Verteidigung und Förderung der Arbeiterrechte und in dem Streben, die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern.

Dazu bedarf es des einmütigen Zusammenwirkens aller Organe des Verbandes und aller Mitglieder der gesamten Organisation.

Darum richten wir an alle Kollegen und Kolleginnen die dringende Aufforderung, mit allen Kräften einzutreten für unsere idealen und praktischen Bestrebungen und vor allem auch für die weitere Ausbreitung unserer Organisation.

Wir sind überzeugt, daß wir uns hierbei der Unterstützung aller wahrhaftigen Arbeiterfreunde zu erfreuen haben werden.

Der Verbandstag hat die Richtlinie für die Gewerkevereine von neuem in einem Programm festgelegt, das wir dringend der Beachtung und Befolgung empfehlen. Darin wird mit Recht betont, daß die Gewerkevereine auf nationalem Boden stehen und mit ihrer Arbeit für die Arbeiter gleichzeitig auch dem ganzen Volke und dem Vaterlande dienen wollen. Als echte deutsche Männer und Frauen wollen wir uns zusammenschlagen um die Flagge der deutschen Einheit und um das Banner der Gewerkevereine als Zeichen der Unabhängigkeit und Freiheit, wie es von neuem durch den Verbandstag entsaltet worden ist. Im Interesse der Arbeiter wie des Vaterlandes fordern wir daher alle Verbandsgenossen auf zur gewissenhaftesten Pflichterfüllung bei den Wahlen sowohl zur Volksvertretung wie auch zu den Gemeindeverwaltungen. Als freie Bürger müssen wir mithelfen, daß die Interessen der Gewerkevereine erforderlich macht. In die Organisation aber dürfen die partei- und kirchenpolitischen Streitfragen nicht getragen werden. Das würde ihre so notwendige Einheit empfindlich stören. Und einig wollen und müssen wir sein in Friedens- und Kampfszeiten, damit wir dem großen Ziele unserer Organisation rascher näher kommen: Für alle Arbeiter ein dauernd wachsendes Maß geistigen und wirtschaftlichen Wohls zu erlangen.

Der Zentralrat und die Verbandsleitung reichen allen Verbandskolleginnen und -Kollegen die Bruderhand und erwarten, daß niemand zurückstehe, wo es nun gilt, in dringenden Reihen einig zusammenzutreten und unser Heer hündlich zu mehren und zu stärken durch zahlreiche neue Mitglieder.

Berlin, 4. Juli 1907.

Mit Gewerkevereinsgruß
Die Verbandsleitung und der Zentralrat
der Deutschen Gewerkevereine.

Zur Organisationsfrage der Handelsreisenden.

Eines der jüngsten beruflichen Organisationsgebilde im Verbands der Deutschen Gewerkevereine ist die Berliner Handelsreisenden-Vereinigung. Mit ihrer Gründung wurde das Bestreben, die bewährten Grundsätze der Gewerkevereine für die Handelsreisenden nutzbar zu machen, zur vollendeten Tatsache, die ihrerseits bereits nur lokale Bedeutung hat, deren Verbreitung jedoch nur von geistlichen Umständen abhängig ist. Diese junge Bewegung zu fördern, möge

Zweck dieser Erörterung sein, die in ihrem informativem Bestreben keineswegs auf erschöpfende Behandlung Anspruch erhebt.

Der Zusammenschluß der Handelsreisenden in dem Bestreben, bestimmten Einfluß auf die Festsetzung und Förderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen, ist nicht allzu langen Datums, und selbst in der neuesten Zeit begegnete man Stimmen, welche in den Kreisen der Interessenten, welche die Organisationsfähigkeit der handelsreisenden Hilfsarbeiter nicht nur stark bezweifelten, sondern direkt verneinten. Ja, selbst wo die Möglichkeit einer Organisation gegeben wurde, sprach man ihr jeden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entschieden ab. Erst der letzten Zeit blieb es vorbehalten, mit dieser teilgeringen Annahme aufzuräumen und einer freieren, objektiveren Anschauung Platz zu machen. Trotzdem ist der in der Agitation Stehende noch immer wiederholt in die Lage versetzt, gegen diese durch die Zeit entschiedene, sachliche Auffassung in den Reihen der Indifferenten anzukämpfen, ein Kampf, der nicht immer mit dem Siege der neuzeitlichen Auffassung endigt.

Sieht also die neugegründete Vereinigung ihren Hauptangriffspunkt in dem Indifferentismus der Unentschiedenen, so erwacht ihr Bestreben auch noch die zweite Aufgabe, bestimmte gewerkschaftliche Prinzipien, die sich als die bewährtesten erwiesen haben, in die Reihen der bereits Organisierten hineinzutragen, für die Popularisierung dieser Grundsätze zu wirken und eine unablässige Diskussion der Mittel und Wege herbeizuführen, die von den auf gegenseitlichem Standpunkte stehenden Organisierten gleichen Berufes bisher angewendet wurden und noch werden. Eine weitere Folge dieser Ausführungen wird die Notwendigkeit sein, über jene vorstehend erwähnten Organisationen einige Worte zu verlieren.

Dem numerischen Größenverhältnis entsprechend steht der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an der Spitze, der seit seiner diesjährigen Generalversammlung den Namen „Transportarbeiterverband“ führt und mit diesem unangehörigen Titel das Bestreben und die ausgesprochene Absicht zu erkennen gibt, die Organisationsgrenzen zu erweitern in der Richtung zur Schaffung eines Industrieverbandes. Die Wahrung der speziell beruflichen Interessen wird dadurch allerdings in den Hintergrund gedrängt zur höheren Ehre des Klassenkampfes. Die Entfesselung dieses Verbandes, der bei seiner Gründung unter aller Kritik stand, bildet ein Schandmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung, und selbst die Partei, deren Patronat dieser Verband untersteht und deren wirtschaftlichen Grundfragen er zu folgen sich bemüht, die Sozialdemokratie, mußte sich wiederholt offiziell mit den Machinationen seiner Gründer befassen und war selbst gezwungen, wenn auch wider Willen, stets den verurteilenden Richter abzugeben. Die wirtschaftlichen Grundfragen des genannten Verbandes, die Beweggründe seiner Aktionen sind analog denjenigen der Sozialdemokratie, nur könnte man hier von einer besonderen Reinkultur sprechen; denn abgesehen von einigen mit raffinierter Spitzfindigkeit eingeleiteten Entgleisungen befolgt man streng die doktrinarischen Grundfragen jener Partei.

Die Frucht dieser ausgeprägten extremen Agitationsarbeit zeigt sich bereits in vollster Blüte, und es wird schwere Mühe kosten, die durch jene verführte gewerkschaftliche Tätigkeit heraufbeschworenen Übeln folgen von den deutschen Handelsreisenden abzuwenden oder auch nur in ihren Wirkungen abzuschwächen. Der berufliche Zusammenschlag der Arbeitgeber der in Betracht kommenden Gewerbe geschah mit der bestimmt ausgesprochenen Begründung, der Agitation des Transportarbeiterverbandes ein Paroli zu bieten, und die provokatorischen Angriffe des letzteren sind auch durchaus geeignet, die in Frage kommenden Arbeitgeberverbände zur Anwendung der schärfsten Scharfmachermittel zu treiben. Die da-

• **Auswurf!**

Um der berechtigten Forderung der Arbeiterschaft auf Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen auch für die Beihilgen des Gärtnerberufes gehörigen Nachdruck zu verschaffen, erziehen wir die Kollegen in sämtlichen Ortsvereinen und Ortsverbänden um Angaben, ob und in welchen Orten die Gärtnerlehrlinge zum Besuch der Fortbildungsschule herangezogen werden. Es liegt uns daran, der Behörde und den Arbeitgebern mit Beweismaterial auszuweisen zu können.

Wir bitten umgehend, hierüber dem Kollegen **Willeim Braun**, Sekretär des Ortsvereins der Gärtner (S.-D.), Luedlburg-Neumarkt, Mitteilung zugehen zu lassen.
Ortsverband Luedlburg,
S. U. W. Döhring, Vorsteher.

• **Um die Kollegen der mitteldeutschen Ortsvereine und Agitationsbezirke des Gewerksvereins der Tischler.**

Die gegenwärtige erste Lage im wirtschaftlichen Leben und nicht zum wenigsten diejenige der Holzindustrie macht es jedem Kollegen zur Pflicht, ein wachsam Auge auf alle Vorkommnisse auf gewerblichen und wirtschaftlichem Gebiet zu haben. Es genügt aber nicht allein, einer Organisation als Mitglied anzugehören und in dem Glauben zu leben, daß bin organisiert, bin gegen alle Unbill geschützt und brauche mich um nichts mehr zu kümmern. Es ist vielmehr die heiligste Pflicht eines jeden Kollegen, fortwährend wachend für seine Organisation zu wirken, der als gut und richtig anerkannten Sache immer neue Streiter zuzuführen, damit auch der letzte, jezt noch indifferente stehende stehende Holzarbeiter dem Gewerksverein der Deutschen Tischler zugeführt wird. Wir brauchen uns nur ein Beispiel an der Organisationsfähigkeit der Arbeiter zu nehmen. Haben sie es nicht verstanden, sich durch eine rege Agitationsfähigkeit eine nützliche Organisation zur Wahrung ihrer Interessen zu schaffen? Sollte dies und nicht auch möglich sein? Gewiß, in den Ortsvereinen unseres Gewerksvereins sind eine ganze Anzahl Kollegen organisiert, welche erkannt haben, daß nur auf dem Wege einer bewußten Vereinigung, welche frei von parteipolitischen sowie rassistischen Einflüssen ist, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegenschaft zu erreichen ist. Aber Tausende von Kollegen sind es noch, welche abseits stehen, sich um nichts kümmern, für die Organisation kein Interesse haben. Diese zu gewinnen, diese von dem Wert der Organisation zu überzeugen und zur Mitarbeit heranzuziehen, das muß die wichtigste Aufgabe eines jeden Gewerksvereins sein.

Ein durchgreifender Erfolg kann aber durch die Werbetätigkeit der einzelnen Kollegen nicht erreicht werden, sondern dazu gehört vor allem eine planmäßige Agitation der gesamten Ortsvereine. Anregung zu geben, diese Agitation ins Leben zu rufen, soll Zweck dieser Zeilen sein. Selbstverständlich ist es schwierig für diejenigen für den Gewerksverein interessierten Kollegen, welche in Arbeit stehen und beruflich tätig sind, immer dort einzutreffen zu können, wo es gerade am nötigsten ist. Aus diesem Grunde möchte ich mich an meine Kollegen der mitteldeutschen Ortsvereine mit der Frage, ob es nicht endlich Zeit ist, auch für unseren Bezirk einen Beschäftigten, für die Ausbreitung unserer Gewerksvereinsidee strebenden Kollegen freizustellen. Es ist ja richtig, daß trotz der von der Generalkassette zu einer

berattigten Einrichtung zu erwartenden Beiträge auch Opfer von den einzelnen Mitgliedern und Ortsvereinen gebracht werden müssen. Aber sehen wir uns doch einmal die Kollegen der ostpreussischen Ortsvereine an. Haben diese es nicht möglich gemacht, sich für zwei Bezirke besoldete Agitationsleiter zu schaffen, und jetzt es sich nicht schon jetzt, daß es denselben durch gemeinsames Arbeiten mit den Vereinstätigkeiten gelungen ist, nicht nur die bestehenden Vereine zu stärken und zu kräftigen, sondern auch neue Vereine zu begründen. Ich bin überzeugt, die Opferfreudigkeit, welche die ostpreussischen Kollegen zeigten, wird auch bei unseren mitteldeutschen Kollegen vorhanden sein, wenn nur die nötige Anregung dazu gegeben wird. Bis jetzt sind es nur wenige Ortsvereine unseres Bezirkes, welche sich eine Sollkassa geschaffen haben. Ich hoffe aber, daß durch meine Ausführungen sich auch die bisher noch schlafenden zu energischer Tätigkeit aufrufen werden. Beschließt dies, dann wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo auch wir mitteldeutschen Ortsvereine des Gewerksvereins der Tischler in der Person eines besoldeten Agitationsleiters einen Mann zur Verfügung haben, der frei und unabhängig unsere Interessen vertritt, der jederzeit in der Lage ist für die Ausbreitung unserer Ideen einzutreten zu können.

Wo alles vorwärts schreitet,
Da müssen wir auch mit.
Geht, daß es keinen Rucksack leidet
Und arbeits jeder wacker mit,
Dann wird auch hängen und gebel'n
Der Dats-, sowie Gewerksverein.
Richard Rerten, Jemas 1. B.

• **Gewerksverein der Deutschen Schiffzimmerer, Schiffbauer, Fischer, Seefahrer und anderer Arbeiter. (S.-D.)**

Ämtliche Bekanntmachung des Generalkass.
Der 8. ordentliche Delegierten tag findet am 19. Juli dieses Jahres in **Stettin-Bredow** statt.

- Tagesordnung:
- I. Prüfung der Mandate.
 - II. Tätigkeits- und Kasfenbericht.
 - III. Abänderung des Statuts.
 - IV. Berlegung des Protokolls.
 - V. Wahl des Generalkassens und der Generalrevisoren.
- Stettin-Bredow, den 30. Juni 1907.
Für den Generalkass.
B. Müller, S. Ding, E. Heilmann,
Vorsteher, Generalkassier, Hauptkassier.

Veranstaltungen.
Berlin. Disziplinarfach der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Vortrag des Kollegen **Wolter**: „Die Stellung der Gewerksvereine zu den katholischen Arbeitervereinen“. Gütlich willkommen. — **Stettin.** Disziplinartag der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Klubstube im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Stiner Haus). Gütlich herzlich willkommen. — **Berlin.** 2. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 9 Uhr, Besichtigung der „Berliner Wasserpump“. Treffpunkt: Bei dem Hauptportal, Kochstr. 22—26. Sonnabend, 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Brannenstr. 41. Tagesordnung beistellt. Montag, 8. Juli, ab 8 1/2 Uhr, Aufschüpfung bei Nagel, Bahstr. 35/36. — Sonnabend, 6. Juli, Maschinenbau- und Metallarbeiter I.

abends 8—10 Uhr, Zahlabend bei Polzin, Gerichtstr. 79 und Schmidt, Brannenstr. 119. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8—10 Uhr, Zahlabend im Vereinslokal. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter IV.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Breiberger, Zeilenerstr. 8. L.O.: Vortrag des Redaktors Kollegen S. Kewitz über: „Interessantes vom Reichsversicherungsamt“. Unterrichtsgegenstände. Bezirksvereins- u. Maschinbau u. Metallarbeiter VIII. Abds. 8 1/2 Uhr, Bes. im Verbandshaus. Vortrag d. Bezirksleiters Jordan: „Die Arbeitshewegung des Jahres 1906“. Am 7. Juli, vorm. 10 Uhr, Besichtigung der Brauerei Wagenhofer, Rumböcker Allee. Treffpunkt dort 9 Uhr. Verbandskollegen sind dazu eingeladen. — **Frauen und Mädchen II.** Montag, 8. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, Bes. im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/222. Vortrag des Verbandskollegen **Martina**: „Die Heimarbeit der Frauen und die soziale Frage“. Gütlich herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Bezirk (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—6 1/2 Uhr, im Saale des Herrn **W. Schulte-Katler**, Disziplinartag. — **Wachen** (Ortsverband). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei **Salzer**, „Jägerhof“. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in **Hüttmanns Hotel**, Poststraße, Disziplinartag. — **Cuxhaven** (Disziplinartag der Deutschen Gewerksvereine, S.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur **Palm**, Mittelstraße, Sitzung. Gütlich willkommen. — **Seifentischler** (Kammer der Deutschen Gewerksvereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, Schallerstr. 24. Gütlich willkommen. — **Seifentischler** (Ortsverband). Sonntag, 7. Juli, mittags 9 1/2 Uhr, Besichtigung bei **Schiller**, Schillerstr. 23. — **Dorsten** (Ortsverband). Sonntag, 7. Juli, nachm. 4 Uhr, kombinierte Versammlung der Ortsvereine von **Humburg** und **Barop**. Um 5 Uhr öffentliche Versammlung beim **Witz** Schiller in **Humburg**, Bahnhofsstr. 87. Referent: **Kollege Braun-Dortmund**. — **Mühlheim a. Ruhr** (Ortsverband). Sonntag, 14. Juli, vorm. 10 Uhr, Besichtigung bei **S. Gerdemann**, 14. Juli.

Veränderungen bezugl. Ergänzungen zum Wochenberichtsblatt.

Wilmshof (Ortsverband). **Julius Weiß**, Schriftf. Wilmshof, 1. Bezirk Nr. 24.
Mattbor (Ortsverband). **Paul Gjeslied**, Schriftf. Eifenbahnstr. 3 III.
Mattbor, Ob-Ort. (D.-B. der Amaliranten.) **Paul Gjeslied**, Kassierer, Eifenbahnstr. 3 III. Josef März, Schriftf. Eifenbahnstr. 3 III.

Literatur.

Le Traducteur (14. Jahrgang). **The Translator** (3. Jahrg.). — Gar manche haben in der Schule französisch und englisch gelernt und lassen die erworbenen Kenntnisse aus Mangel an Übung wieder zerfallen, anstatt sie zu erweitern und zu vervollkommen. Diefem Uebelstande wird durch die oben genannten Publikationen auf möglichst einfache und unterhaltende Weise durch Durchsicht reichhaltiger Lese- und Übungstoffes abgeholfen mit ganz besonderer Berücksichtigung der alltäglichen Sprache, für die man leider in den Schulen so wenig Zeit findet. Probennummern kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ oder des „Translator“ in Es **Gagny-de-Bains** (Schweiz).

Anzeigen=Zeil.

• **Inserate werden nur gegen vorergriffene Bezahlung aufgenommen.**

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schriftsammlung von **70. Geburtstag des Kaisers von Karl Gahn** und **Karl Goldschmidt**. Preis 10 Pfg.
Kaufordernsblatt des Verbandes von **Dr. Max Hirsch** 160x230 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerbegerichtsgesetz von **Dr. Max Hirsch**. Preis 50 Pfg.
Wegweiser durch die Unfallversicherungs-gesetze von **Karl Goldschmidt**. Preis 50 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von **Dr. Max Hirsch**. Preis 50 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von **Karl Goldschmidt**. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12.50 M.
Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine von **Willeim Gleslied**. Preis für Gewerksvereiner 2.40 M.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Briefschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Bücher) von **Dr. Max Hirsch**. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da ansonsten der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandssekretär **Rudolf Klein**, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) und ihres Verbandes.
Bericht, insbesondere für die Jahre 1904—1907, erstattet auf dem 16. Verbandstage zu Berlin am 20. Mai 1907 von **Karl Goldschmidt**. Preis 10 Pfg.
Verlag des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221/22.

Kranken- und Begräbniskasse des Gewerksvereins der Schiffzimmerer, Schiffbauer, Fischer, Seefahrer und anderer Arbeiter.
Eingelobte Mittelklasse 33.
Auf Beschluß des Vorstandes wird die 4. ordentliche Generalversammlung der Mittelklasse nach § 45 Absatz 1 des Statuts zu Freitag, den 19. Juli 1. A., nach **Stettin-Bredow**, einberufen.
Tagesordnung: 1. Prüfung der Mandate. 2. Kasfenbericht. 3. Abänderung des Statuts. 4. Wahl des Sitzes der Kasse. 5. Wahl des Vorstandes, sowie der Hauptrevisoren.
Stettin-Bredow, den 30. Juni 1907.
Für den Vorstand.
B. Müller, S. Ding, E. Heilmann,
Vorsteher, Hauptkassier, Hauptrevisor.

Umfassende Kenntnisse
in **Weg u. Tiefbau, Bergbau, Maschinenbau, in **Gas-, Kanst- und Möbelschreierei, Kanstschlosserei, Lokomotivführer, Elektrotechnik, Installation, Eisenarbeiten, in **Stahlbau und Stahlmotoren** gelangt man durch Selbstunterricht durch **Dr. Karwack-Hackel**. Ganz **Größe** Anleitungs- u. Jed. aus Unternehm. u. **Prop.** u. Anerkennungschr. grat. u. **Bonnes & Nachfeld, Potsdam-L.**
Schennig. Der **Arbeitsnachweis** sowie die **Arbeitslose** des **Ortsverbandes** befindet sich bei **Erst. E. H. P.** **Segenstr. 17 III** **Erst.** mittags von 12—1, abends von 7—9 Uhr.
Willeimshöfen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterbringung, Karten bei **Heintz S. B.** **Erst.** **Sant** bei **Willeimshöfen**, **Erst.**
Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Unterbringung, Karten in der **Kontributor Paul Cappel**, am **Rath**.
Leipzig-Ort (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerksvereinskollegen die Karten für das **Ortsverband** geschenkt bei den **Bereitschaften** für **Arbeitslose** und **Nachkassier** haben dieselben in „**Eisenbauwerk**“, **Schiff**, **Erst.**, **Erst.**, **Erst.** **Gütlich.******

fundheit der Einwohnerschaft nicht ausgeschlossen sind. — In Korköping (Schweden) sind gegen 1000 Spinner und Weber zum Teil ausländisch, zum Teil auch angelernt. — In London waren bei einer großen Filzfabrik die Mitglieder einer Organisation in den Streik eingetreten. Daraus sind folgende die Firma allen übrigen Arbeitern, etwa 1200 Mann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß weitere Kreise in den Konflikt hineingezogen werden.

Nationalverein für das liberale Partei. Zu der unter dieser Stichmarke in Nr. 51 veröffentlichten Notiz teilt der Kollege Erlesen mit, daß die dort von ihm aufgestellten Forderungen nicht zur Abstimmung kommen sollten. Die Tagungen des Nationalvereins stimmen, genau wie die der Gesellschaft für Soziale Reform oder des „Vereins für Sozialpolitik“ überhaupt nicht ab über irgend eine Frage, sondern diskutieren sie nur und wollen überzeugen. Man war aber die Stimmung so günstig, daß man hinsichtlich der Arbeiterfrage noch ein übriges tun wollte, weshalb in einer einstimmig angenommenen Erklärung ausdrücklich unterstrichen wurde, daß der Nationalverein in der Förderung der Arbeiterfrage eine seiner ersten Aufgaben erblickt. Unter diesen Umständen bedeuten also die Verhandlungen nicht nur keine Abweisung von den aufgestellten Forderungen, sondern im Gegenteil eine bewußte freundliche Anerkennung des in den Beschlüssen vertretenen Gedankenganges.

Ein eigenartiges Agitationsmittel wurde nach dem „Mittel-Rurier“ einem Gewerbetreibenden gegenüber in Waddeburg-B. angewandt, um ihn für die alleinigmächtige Arbeiterpartei zu gewinnen. Nachdem seine Frau Hauswirtin und ihre „selbstwählenden“ Herren Schwiegereltern jahrelang vergeblich versucht hatten, den betreffenden Kollegen zu ihren Anschauungen zu belehren, wurden jetzt als der hartgesottene Ehemann auch bei der Reichstagswahl sich erlaubte, seiner eigenen Überzeugung durch den Stimmentzettel Ausdruck zu verleihen, andere Gaiten aufgezogen. „Eingetretener Verhältnis halber“ wurde ihm die Wohnung gekündigt, die er in dem Hause der erwählten Dame seit 15 Jahren innegehabt hatte.

Mag es auch oft unangenehm sein, eine liebe Stätte so ohne jeden triftigen Grund verlassen zu müssen, der Kollege wird jedenfalls auch anderwärts ein gemütlisches Heim gründen können. Bezeichnend ist aber das Mittel, das hier angewandt wurde, um jemanden für die Partei der „Freiheit und Brüderlichkeit“ zu gewinnen. Niedriger hängen!

Das einem kasernen Arbeiterbetriebe. In den wichtigsten Instituten wird bekanntlich denjenigen Arbeitern, die sich nichts anfechten haben können lassen, ein Sommerurlaub gewährt. Bei mindestens 7 jähriger Tätigkeit dauert derselbe 4 Tage, bei 10 jähriger 6 Tage. Voraussetzung ist allerdings, daß im Betriebe nicht zugleich zu tun ist und die für die Fertigstellung der einzelnen Gegenstände festgesetzten Termine ungehört werden können, ohne daß neue Arbeitstrüste eingestellt zu werden brauchen. Nicht eigenartig werden diese Bestimmungen gehandhabt in der königlichen Artilleriewerkstatt zu Spandau. Da geht so ein Abteilungsmeister zum Betriebsdirektor um die Urlaubsbilligung zu lassen. Die Antwort lautet dann natürlich: „Oben wollten sie noch Leute einstellen, und jetzt wollen sie solche beurlauben; das geht nicht, die Leute müssen sich mit ihrem Urlaub auf eine spätere Zeit gebulden.“ Da diese Vorurteile sich wiederholten und einzelne Betriebe ja vollständig um ihren Urlaub kamen, wandte sich der Arbeiterauswahlgang an die Direktion, erhielt aber ebenfalls nur die Antwort, daß die Zeit es nicht gestatte, Urlaub zu erteilen.

Ein derartiges Verfahren verdient zweifellos scharfe Verurteilung. Auf diese Weise wird der gewöhnlichste Urlaub einjährig illusorisch gemacht. Bei gutem Willen ließe es sich, ohne daß der Betrieb auch nur die geringste Störung zu erleiden braucht, sehr wohl durchführen, daß die bevorstehende Erholungszeit auch tatsächlich gewährt wird. In diesem guten Willen aber scheint es leider in Spandau zu fehlen. Im Januar vor der Wahl da prüft der Wind allerdings auf einem anderen Wege. Da wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß Sommerurlaub genehmigt werden würde. Aber die Mitte Juni wurde offiziell von der erteilten Genehmigung nichts bekannt. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch die Spandauer königlichen Zünfte mehr des Wortes des Kaisers eingedenk wären, daß die Staatswerkstätten Arbeiterbetriebe sein sollen.

Ein Arbeiterbund hat sich in Berlin Ende Februar gebildet und, wie es scheint, großen Anklang gefunden, denn seine Mitgliederzahl steigt täglich. Die Aufgabe des Bundes besteht darin, einerseits auf die

Arbeitgeber einzuwirken, daß sie ihren Angestellten und Arbeitern gute Arbeitsbedingungen gewähren, andererseits aber auch in der Einwirkung auf das laufende Publikum, gewisse Mißstände auszuheben — frühzeitige Einkäufe und Bestellungen, Beachtung des Nachmittagsruhe und der Sonntagsruhe —, um den Arbeitgebern die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern zu erleichtern. Eine solche Vereinigung, welche bestimmt ist, das Publikum zur sogenannten Konsumentenmoral zu erziehen, hat eine wichtige Aufgabe als vermittelndes Glied in den wirtschaftlichen Kämpfen unserer Zeit zu erfüllen. Der Arbeiterbund kann mit Benutzung darauf hinweisen, daß er sowohl von Seiten der sozial gesinnten Geschäftsinhaber wie auch der Berufsorganisationen der Angestellten und Arbeiter bereitwillig Entgegenkommen und freundschaftliche Unterstützung seiner Bestrebungen gefunden hat.

Nach gründlichen Erhebungen ist jetzt die erste „weiße Liste“ des Arbeiterbundes herausgegeben, auf welcher diejenigen Geschäfte namhaft gemacht werden, welche ihren Angestellten und Arbeitern gute Arbeitsbedingungen gewähren. Der Arbeiterbund hat sich zunächst auf die Beldingstraße beschränkt. Die weiße Liste enthält 10 bekannte Berliner Firmen. Der Vorstand richtet an alle Kreise des laufenden Publikums das Gesuch, diese Firmen in erster Linie zu berücksichtigen. Die „weiße Liste“ wird in beliebiger Anzahl zur Propaganda für die „guten Firmen“ versandt. Alle Anfragen und Wünsche um ausführliche Drucksaften etc. sind an die Geschäftsstelle, Berlin W. 80, Rollendammstraße 29—30 II, zu richten.

Gewerkevereins-Zeil.

§ Wachen. Der Ortsverband von Wachen und Umgebung hatte am Freitag, 21. Juni, in das Restaurant „Zur Maus“ eine öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Kommunalverwaltung und deren Angelegenheiten“. Der Ortsbürgermeister und sämtliche Stadtverordnete waren persönlich eingeladen worden, aber nicht erschienen. Unser Kollege, Arbeitersekretär Hartmann, ersetzte die Versammlung und machte dieselbe mit dem Zweck der Veranstaltung bekannt. Am 28. Oktober v. J. habe der Ortsverband das folgende Gesuch an die Stadtverwaltung gerichtet:

„Gesuch um Einführung des Proportionalwahlrechts bei den Gewerkegerichtswahlen.“ Das bisher herrschende System bei den Wahlen der Besitzer zum Gewerkegericht, welches die Entscheidung über die gesamte Zahl der Besitzer aus der Reihe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Hand der relativen Mehrheit legt, hat zu den stärksten Kämpfen zwischen den verschiedenen Gruppen von Arbeitgeberorganisationen geführt, zu Kämpfen, die an sich mit dem ersten Zwecke der Gewerkegerichte, Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten, gar nichts zu tun haben. Je nachdem sich die verschiedenen Organisationen zusammenschließen, regt die eine oder die andere Seite; es besteht also die Gefahr, daß alle 3 Jahre, bei jeder Neuwahl, ein vollständiger Wechsel in den Personen der Besitzer eintritt. Sichtlich gerichtet ist nicht zum Nutzen einer schmerzlichen und konstanten Rechtsprechung, wenn alle 3 Jahre nur der Besitzer wechseln, die in den letzten 3 Jahren die der Rechtsprechung nicht mitgewirkt haben, die festgesetzten Ansätze des Gerichts nicht kennen und dadurch gewöhnlich überflüssige Erörterungen veranlassen, wie auch geradezu ein Schwanken der Rechtsprechung in bestimmten Fragen herbeiführen können. Noch bedenklicher tritt die Gefahr der relativen Mehrheit bei den Wahlen der Richter in Betracht, welche die in den letzten Wahlen, möglicherweise häufig, die relative Mehrheit erlangt haben. In Evidenz stellt gegeben, daß alle einmündigen juristische Gruppen vertreten sind, so fällt der Anlaß zu den häufigsten erbitterten Kämpfen fort, es tritt an deren Stelle die gemeinschaftliche Tätigkeit im Gewerke, die geeignet ist, vorhandene wirtliche und vermeintliche Gegensätze auszugleichen und dadurch zum sozialen Frieden zu wirken. In dem wir uns erlauben, darauf hinzuweisen, daß außer anderen Städten namentlich Frankfurt a. M. und Mannheim das System der Proportionalwahlen bereits mit gutem Erfolge eingeführt haben, richten wir an die künftigen Arbeitgeberkreise das ergebene Gesuch, die Stadt Wachen wolle das Ortsblatt betreffend das Gewerkegericht dahin ändern, daß für die Wahlen der Besitzer das Proportionalwahlrecht eingeführt werde.“

Das Stadtratskollegium habe die Eingabe an die soziale Kommission verworfen, die aus 10 Herren besteht, darunter auch einigen Gewerkeführern. Diese Kommission habe die Ablehnung der Forderung empfindlich empfunden und zwar mit einer Begründung, die einfach zu verargen ist. Es wisse als eine Ungerechtigkeit empfinden, wenn bei den Wahlen zum Gewerkegericht einzelne Organisationen ganz ausgeschlossen würden. Am ersten Ausgange unter den Organisationen herbeizuführen, ist es gesetzlich zulässig, durch Änderung des Wahlsystems die Berücksichtigung einzuführen. Vor einigen Tagen, als die freien Gewerkschaften die Liste innehaben, sei auch der Geschäftliche Metallarbeiterverband für die Berücksichtigungswahl eingetreten. Nachdem aber mittlerweile die gewerblichen Organisationen er-

wartet seien, wolle man in jenem Saal von der Sache nichts mehr wissen.

Das Wort erhält darauf der Referent des Waddeburg, Herr Dr. Boersch-Düßeldorf. Derselbe vertritt sich über die Aufgaben der Kommunalverwaltungen auf sozialem Gebiet.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Koch und Hartmann und ein Mitglied von den sog. Gewerkschaften. Der Vorsitzende verliest alsdann die folgenden drei Resolutionen, welche einstimmige Annahme fanden: Die vom Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden in die Restauration „Zur Maus“ einberufene öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung beauftragt, daß die Stadtverordneten der Stadt Wachen so wenig soziales Verständnis bei einer vom Ortsverband eingereichten Eingabe wegen Einführung der Verhältniswahl (Proportionalwahl) bezeugen. Die Versammlung verurteilt auf das allerentschiedenste, daß die sich sozial nennende Kommission, zu welcher auch Arbeiter repräsentativ gehören, die Ablehnung unter sich nicht sagenden Gründen, „der Kampf würde dadurch verhärtet und die bisherige Einrichtung habe sich bewährt“, beantwortet oder empfohlen habe. Sie erwartet, daß das Stadtverordnetenkollegium bei einer erneuten Eingabe des Antrag abgelehnt wird.

Die am 21. Juni vom Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden einberufene öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung protestiert gegen die unsozialen Bestimmungen des § 28 Abs. 3 des preussischen Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906. Die Versammlung erwartet, daß die Stadtverordneten der Stadt Wachen ebenfalls das Beispiel der hiesigen Stadtverordneten nachahmen und durch eine Eingabe an die beiden Häuser des preussischen Landtags (Abgeordnetenhaus und Herrenhaus) das Ersuchen richten, die Härten des Gesetzes zu mildern, indem am 150 Mark statt wie bisher 50 Mark in Abzug gebracht werden können.

Die in das Restaurant „Zur Maus“ am Rünsterplatz vom Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden einberufene öffentliche Arbeiter- und Bürgerversammlung erhebt die Stadtverwaltung der Stadt Wachen bringen im Hinblick auf die allgemeine Notlage der arbeitenden Bevölkerung die Erhöhung sämtlicher Lebensmittelpreise die unangemessen und veraltete Ostroffener sofort abzuschaffen. Durch den § 28 des Einkommensteuergesetzes wird der letzte verdienten Arbeiter der Steuer herangezogen und ergibt circa 700 000 Mark Mehrerträge. Dadurch wird der früher vorgeschobene Einwand, „die Stadt Wachen könne auf eine so gute Einnahmequelle nicht verzichten“, hinfällig. (Ausg. a. d. „Kochener Post“).

§ Dortmund. Am 16. Juni hier tagende außerordentliche Versammlung sämtlicher Ortsvereine der Maschinenbauer von Dortmund und Umgebung, die gut besucht war, erhaltete Kollege Westermann Bericht vom diesjährigen in Berlin stattgefundenen Verbandstag. Der Referent erläuterte eingehend die dort gefassten Beschlüsse, die volle Anerkennung fanden, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige kombinierte Versammlung sämtlicher Ortsvereine der Maschinenbauer von Dortmund und Umgebung dankt dem Kollegen Westermann für seinen ausführlichen Bericht und erklärt sich mit den Beschlüssen des 16. ordentlichen Verbandstages einverstanden. Sie hofft, daß durch eine rege Tätigkeit und durch intensives Arbeiten des Zentralrats, sowie unter Mitwirkung der gesamten Mitglieder die dort gefassten Beschlüsse durchgeführt und zum Gebieten der Gewerbetreibenden gelangen werden. Sie hofft ferner, daß der Zentralrat baldigst die Arbeit aufnimmt und die Beschlüsse in die Tat umsetzt.“

§ Waddeburg. Der D.V. der Deutschen Frauen und Mädchen hatte zu Sonnabend, 22. Juni, nach den „Waddeburger Nachrichten“ eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Frau B. Brenner zuh. Berlin über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen organisieren?“ referierte. Rednerin gab an der Hand der Berichte der hiesigen Interessierten ein überaus anschauliches Bild der zunehmenden Tätigkeit des weiblichen Geschlechts in Industrie, Handel und Gewerbe. Dies immer weitere Vordringen der Frau mache es aber notwendig, auch für die Notwendigkeit der Organisation aufzurufen zu machen, um zu verhüten, daß dieselbe noch länger als Lohnbedürftigen gegenüber dem Mann aufträte. Rednerin gab ferner ein anschauliches Bild der Ursache, welche sich bisher bei so notwendigen Organisierung der Frau entgegengekehrt habe. Nicht nur die Frau seit Jahrhunderten jugendliche untergeordnete Rolle, welche zu spielen sie heute in vielen Fällen selber schon als selbstverständliches und allgegenwärtig betrachte, sei Schuld daran, daß das weibliche Geschlecht der Organisationsgleichheit gegenüber stehe, sondern auch die heute leider vielfach noch vorhandene Abneigung des Mannes gegenüber der Mitarbeit der Frau an dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sei mit ein Krebsgeschwür, den auszurotten müßte und Aufgabe aller vorwärtsstrebenden Kreise sei. Wie oft höre man selbst in den Kreisen der Arbeiter, in denen die Frau infolge nicht ausreichenden Verdienstes des Mannes gezwungen ist, mitzuarbeiten, den Anspruch: „Die Frau gehört ins Haus“, d. h. man verweigere ihr zu Unrecht, trotz ihrer gewerblichen Tätigkeit, das Recht der Koalition. Das müsse endlich aufhören. Der für sich das Recht der Koalition in Anspruch nehmende männliche Kollege solle die gewerblich tätige Frau nicht ablehnen, sondern als gleichberechtigtes Mitglied für die gemeinsamen Interessen anzuerkennen. Selbst in den Kreisen der organisierten Gewerbetreibenden solle kein Bezug auf diese Frage eine Abneigung zu bestehen. Es erscheine ihr daher begreiflich, daß selbst die in führender Stellung am Orte befindlichen männlichen Kollegen ihre Frauen und Töchter hinsichtlich von bezüglichen Verhandlungen verhalten. Es sei ihr Pflicht, der Frau den notwendigen freundschaftlichen Beistand zu leisten, mit bester Sorge zu tragen, daß dieser Beistand nicht ausbleibe. Nicht nur deshalb man die Frau miteinbeziehen, wo es gelte, allein dem Vergnügen oder sonstigen funktionellen Vorgängen zu

durch heraufbeschworene Gefahr, die in ihrer verhängnisvollen Bedeutung kaum in ihrer ganzen Tragweite zu übersehen ist, besteht in der Hauptsache darin, daß der Stand der Handelshilfsarbeiter einer Zeit schwerer Bedrückung und Niederhaltung jeder freien Bewegung zur Besserung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen entgegengeführt wird und damit Zustände geschaffen werden, die für Verschlechterungen einen nur zu geriaten Boden abgeben. Sofern sich nicht mildere Einflüsse geltend machen, wird sich dieses Unheil bald in seinem ganzen erdrückenden Umfange zur Geltung bringen, die Reaktion in volster Glorie erstahlen.

In der weiteren Aufzählung wird der zweite Platz von verschiedenen lokalen Vereinen eingenommen, die in erster Linie einen ausgeprägt gefelligen Charakter zeigen, sich aber daneben, wenn auch nicht durchweg, mit der Diskussion von Lohn- und Arbeitsverhältnissen befassen.

Einer der größten der in diese Kategorie fallenden Vereine ist die Berliner Geschäftsdieners- und Packervereinigung, die sich anlässlich der schmerzhaften Zertrümmerung des Vereins Berliner Hausdiener durch den Transportarbeiterverband neu konstituierte. Christlich organisierte unserer Berufes kommen bei dieser Aufzählung nur wenig in Betracht. Der Vollständigkeit, nicht der Bedeutung wegen ist noch eine anarcho-sozialistische Gruppe zu nennen, deren Haltung in wirtschaftlichen Fragen und einflussreich ist und deren Haupttätigkeit die Kolportage revolutionärer Broschüren bildet.

Inmitten dieses vielgestaltigen Gruppenbildes gewerkschaftlicher Betätigung steht die dem Verbands der Deutschen Gewerkschaften angehörende Berliner Handelshilfsarbeitervereinigung, errichtet als der sichere Hort wirklich nützlichen und zweckentprechenden Wirkens zum Wohle der Berufscollegen, unbeeinträchtigt von irgend einer Seite, ihre Agitation nach links und rechts richtend und in der Richtung weiterschreitend zur Schaffung einer Organisation auf nationaler, dabei politisch und religiös neutraler Grundlage, welche allein die sichere Gewähr des Erfolges verbürgt. Da bereits allerorts, wie mit freudiger Begeisterung zu konstatieren ist, bewährte und erprobte Hände und Köpfe in emsiger Tätigkeit sind, muß es in kurzer Zeit gelingen, das weitgesteckte Ziel zu erreichen. Unsere mitgliedenden Verbandsangehörigen, die die Notwendigkeit der Schaffung eines Gewerkschafts der Handelshilfsarbeiter erkannt haben, werden nicht raten, und mit vereinter Kraft wird das Gebäude vollendet werden, dessen Grundsteinlegung vor kurzem erst stattgefunden hat. W. H.

Vom Klassenkampf durch Alkohol zur Sarmontabuserei.

Ihr lieben Deutschen, glaubt mirs doch, Ihr denkt nicht und gleicht noch den Kindern. Darum gehört Euch lange noch Die Rute aus den Hintern.

Dieser heinischen Vers können wir den „frei und zielbewußten“ Genossen bei der Firma Hartung, Ruhn & Co., Düsseldorf, in empfehlende Erinnerung bringen.

Auf genanntem Werk sind 1/4 der Belegschaft in deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Kürzlich wurden von genanntem Verbands Versammlungen abgehalten und die vorhandenen Mißstände besprochen. Der Direktion bezogte dies aber nicht, und um diesem Vorgehen der organisierten Arbeiter ein für allemal die Spitze abzubrechen, wurde folgender Ausschlag bekannt gegeben:

Um in Zukunft unseren Arbeitern Gelegenheit zu geben, ohne Lärmge und dergleichen von etwaigen Mißständen der Direktion Kenntnis zu geben, wird jeden letzten Mittwoch im Monat der Betrieb um 1/2 Uhr abends eingestellt. Die Arbeiter versammeln sich dann sofort im Speisesaal. Uebermittelte Veranlassungen zu Klagen wird seitens eines unserer Beamten ein Protokollbuch geführt werden, welches jedesmal von zwei Arbeitern nach ordnungsmäßigem Besuch zu unterzeichnen ist. Die Zeit von 1/2 bis 6 Uhr wird im Stundenslohn jedem Arbeiter vergütet. Durch diese Einrichtung soll ein Versuch zu einheitlichem Zusammenarbeiten gemacht werden und findet die erste Versammlung im Juni statt.

Düsseldorf, den 29. Mai 1907.

Hartung, Ruhn & Co. Maschinenfabrik
Antiengeellschaft
R. de Zempfer.

Die erste Versammlung hat dann auch am 26. Juni unter dem Vorsitz des Direktors stattgefunden; derselbe legte nochmals die Gründe dar, welche ihn bewegen hätten, die Wünsche der Arbeiter auf diesem Wege entgegenzunehmen, dabei auffordernd, unverzüglich jegliche Klagen vorzubringen. Allerdings dürften die Arbeiter von ihm nicht verlangen, die Mißstände sofort zu beheben; auch sollten Beschlüsse in den jeweiligen Versammlungen nicht gefaßt werden. Dagegen verspreche er, die vorgebrachten Anträge „wohlwollend“ zu prüfen, und was angängig, Abhilfe zu schaffen. Sodann belehrte der Herr Direktor die Versammelten, daß es notwendig wäre, die Namen derjenigen, welche Anträge auf Abstellung von Mißständen und dergleichen stellen, im Protokollbuch zu

verewigen, welchem Verlangen die größte Mehrzahl der anwesenden Klassenkämpfer, ohne darüber nachzudenken, zustimmte. Im Laufe der Tagung wurden nun eine Menge Anträge gestellt betreffs vorhandener Mißstände, die schon lange vorher verschiedentlich der Direktion unterbreitet wurden, aber ohne Erfolg. Auch jetzt wurde seitens der Direktion eine blühende Erklärung nicht abgegeben. Zum Schluß wurde die Alkoholfrage angeschnitten, indem ein Arbeiter anregte, gegen den Mißbrauch desselben schärfer vorzugehen. Die vorgebrachten Gründe des betreffenden Arbeiters rechtfertigten voll und ganz diese Anregung.

Die einschüchternden Arbeiter waren denn auch mit dieser Anregung einverstanden, weil sie einsehen, daß es dadurch möglich wird, der Firma eine ihrer gefährlichsten Waffen gegen die Arbeiter aus der Hand zu nehmen. Leider war zu konstatieren, daß der größte Teil der Arbeiter nicht weiter als ihre Nase denkt. Auch dem Direktor schienen schärfere Maßregeln nicht zu behagen, obgleich er den Mißbrauch vom geschäftlichen Standpunkte beurteilt, weil dadurch der Betrieb gefährdet und gehemmt würde. Aber der Herr Direktor kannte seine Pappentimer. Er wußte, daß die „Klassenkämpfer“ alle ihre Grundzüge von Klassenkampf und Klassenhaß für ein Faß Bier über Bord werfen würden und er wieder Frieden in seinem Betriebe haben könnte. Deshalb stellte er den Antrag, ein Faß Bier auflegen zu dürfen. Und siehe da: Von der übergroßen Mehrzahl der Metallarbeiterverbänder wurde dieser Antrag enthusiastisch zum Beschluß erhoben, obwohl zu Anfang der Versammlung erklärt wurde, Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Drei Tage später sollte dann das Faß geleert werden. Logenabend fanden sich dann die Arbeiter sehr zahlreich im Speisesaal zusammen, um den stärksten Bundesgenossen der Unternehmer, den Alkohol, zu ihrem Freunde zu machen. Nach allen Regeln der Kunst wurde die Wohlthätigkeit des Direktors benutzt, deren Folgen noch am Montag morgen sich bei verschiedenen Genossen sehr bedenklich bemerkbar machten. Vom Klassenkampf durch Alkohol zur Sarmontabuserei! Man bedenke nur, wie in der heutigen Zeit, wo seitens der Organisationen auf die Gefahren der „gelben Gewerkschaften“ in jeder Versammlung, jeder Zeitung aufmerksam gemacht wird, Klassenbewußte organisierte Arbeiter Dinge unterstehen, die auf die Praxis der gelben Gewerkschaften hinauslaufen. Wir erwarten schon, daß auf genanntem Werke 1/4 der gesamten Arbeiter im „zielbewußten Metallarbeiterverband“ organisiert sind. Dieser scheint es aber nicht für nötig gefunden zu haben, seinen Mitgliedern über die Schädlichkeit der Direktionspläne die Augen zu öffnen und sie über das Verwerfliche ihrer Handlungsweise zu belehren. Wäre dieses Vorkommnis auf einem Werke geschehen, wo etwa ein Gewerkschafter gearbeitet hätten, dann würde die genannte sozialdemokratische Presse wieder einen Wortschandal gemacht haben. Die zielbewußten Genossen dürfen sich aber derartige tolle Sachen erlauben. Man wird sie aber auch dementsprechend von der Unternehmenseite aus einschätzen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 5. Juli 1907.

Die erste Sitzung des neuen Zentralrats wurde gestern Abend durch den Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Goldschmidt, mit einer kurzen, aber herzlichen Begrüßungsansprache eröffnet. Die Mitglieder hatten sich wohlwillingig eingestellt; nur für den Kollegen Trabert, der sich auf Agitationsreisen befindet, war als Stellvertreter der Kollege Dornblüth erschienen. Zunächst fand die Konstituierung des Vorstandes statt. Zum 1. Vorsitzenden des Zentralrats wurde der bewährte Kollege Gustav Hartmann (Maschinenbauer) gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kollege R. Dietrich (Kfzler), das Amt des Protokollführers wurde dem Kollegen Trams wiederum anvertraut. Nach Uebernahme der Geschäfte begrüßte Johann Kollege Hartmann den neuen Verbandssekretär Erlenz, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß derselbe in gemeinsamer Arbeit mit dem Zentralrat und dem geschäftsführenden Ausschuss sein Amt im Interesse der Gesamtorganisation führen werde. Kollege Erlenz dankte kurz mit der Erklärung, daß er sich der Verantwortung bewußt sei, die ihm sein Posten auferlege, und versprach, nach besten Kräften seine Schuldigkeit zu tun.

Sodann wurde in die Beratung der Geschäftsordnung eingetreten. Derselbe wurde mit ganz unwesentlichen Änderungen angenommen. Einer Resolution des Kollegen Wenzel (Kaufleute) entsprechend, soll in jedem Vierteljahr mindestens eine Sitzung und zwar Donnerstag abgehalten werden. Die Beschlüsse

des geschäftsführenden Ausschusses werden in Form eines kurzen Protokolls dem Zentralratsmitgliedern alle 14 Tage zugestellt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde dann der an der Spitze dieser Nummer stehende Aufruf, den wir allen Verbandsangehörigen und -Genossen auch an dieser Stelle nochmals dringend zur Beachtung empfehlen, einstimmig angenommen. Endlich wurde beschlossen, die Stelle eines Agitationsbeamten für das Saargebiet, Lothringen und Luxemburg im „Gewerksverein“ auszufüllen. Kurz nach 11 Uhr wurde sodann die von acht genossenschaftlichen Geistes durchwehte erste Sitzung des neuen Zentralrats geschlossen.

Das Protokoll des 16. ordentlichen Verbandstages wird demnächst erscheinen. In Anbetracht der Wichtigkeit der auf dem Verbandstage gefaßten Beschlüsse richten wir nochmals an die Verbandsangehörigen und -Genossen die Aufforderung, Bestellungen auf das Protokoll möglichst bald hierher gelangen zu lassen. Das Buch enthält ein Bild der Teilnehmer am Verbandstage, erscheint in jedem Umfange und guter Ausstattung und kostet pro Exemplar 1 Mark, die vorher einzusenden ist.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß auch noch Tätigkeitsberichte zum Preise von 10 Pfg. das Stück vom Verbandsbureau zu beziehen sind. Jeder Kollege, der agitatorisch für unsere Organisation wirken will, muß im Besitze sowohl des Verbandstagsprotokolls als auch des Tätigkeitsberichts sein.

Unser Verein der Deutschen Kaufleute hält am 4. August und folgenden Tage in Breslau seinen 6. ordentlichen Delegiertentag ab. Aus der überaus reichhaltigen Tagesordnung heben wir neben den üblichen Berichten besonders hervor die Referate des Kollegen Karl Müller über die Kaufmannskammern und des Kollegen Paul Hennig über die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Außerdem wird das sozialpolitische Programm für den Verein der Deutschen Kaufleute beraten werden, zu welchem als Referent der Kollege Paul Tröber ernannt worden ist. Schon heute wünschen wir den Verhandlungen besten Verlauf. Mögen die gefaßten Beschlüsse sowohl dem Verein der Deutschen Kaufleute, als auch der Gesamtorganisation des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine zum Segen gereichen.

Eine öffentliche Gewerksvereinsversammlung findet am Dienstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in den Germania-Prachsälen zu Berlin, Ergasteustraße 108, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Kollegen Gustav Hartmann: „Welche Resultate zeitigt die heutige Arbeiterbewegung?“ Es darf wohl erwartet werden, daß die Verbandsangehörigen und -Genossen von Berlin und Umgegend sich zahlreich an dieser Versammlung beteiligen und vor allem sich rechtzeitig einfinden.

Arbeiterbewegung. Der von den Unternehmern des Baugewerbes in Berlin für den 1. Juli erhoffte Erfolg ist offenbar nicht eingetreten. Die Bauwirtschaft wird nur in geringem Maße angeheilt, ein Beweis dafür, daß sich nicht übermäßig viel Arbeitswillige gefunden haben. Die Sperre ist seitens der Unternehmer aufgehoben worden, im übrigen aber geht der Kampf mit unerminderter Heftigkeit weiter.

Die in der Gels- und Rotmetallwarenbranche beschäftigten Former und Hülfstarbeiter in Leipzig beschäftigen, in eine Bewegung zur Erzielung besserer Löhne und Arbeitsverhältnisse eingetreten. — Die Hausflößer und Konstruktionsarbeiter in Leipzig befinden sich in einer Lohnbewegung zur Erzielung der 9 stündigen Arbeitszeit und 45 Pfg. Minimalstundenslohn. Es handelt sich um etwa 1500 Arbeiter. — Der Kampf auf der Germaniawerk in Kiel geht weiter, die Aussperrung dauert fort. In Hamburg hat bereits eine Versammlung von Vertretern deutscher Schiffbauern stattgefunden, die sich mit den Vorgängen auf der Germaniawerk beschäftigt, die Aussperrung gebilligt und beschlossen hat, in ganzen Bereich der deutschen Schiffbauern durchgehende Maßnahmen zu treffen. — In den Alexanderwerken in Berlin, wo die Dreher, Hobler und Stöber im Streik standen, sind die Differenzen wieder beigelegt.

Ein gewaltiger Streik der Landarbeiter tobte angeblich in der italienischen Provinz Ferrara. 40 000 Grundarbeiter sind daran beteiligt, die bessere Arbeitsbedingungen verlangen. — In Galatz (Rumänien) haben die Hafenarbeiter den Generalstreik erklärt. — Da in den 8 vom Ausland herbeizogenen Textilfabriken in Brann die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, wird die von den Unternehmern angeordnete Ausperrung unterbleiben. — Ein Straßenkehrerstreik besteht angeblich in New York. Dadurch hat sich der Schmutz auf den Straßen derartig angehäuft, daß namentlich bei der herrschenden Hitze große Gefahren für die Ge-